

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 17/13950 bis 17/13964

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Steinberger das Wort.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Ministerin! Lieber Kollege Hünnerkopf, ein Satz, den Sie als Umweltpolitiker gesagt haben, hat mich schon ein bisschen erschreckt. Sie haben nämlich gesagt: Wir sind zufrieden mit der jetzigen Situation. – Das kann ich mir nicht vorstellen. Ich glaube, Sie haben gar nicht bei dem zugehört, was mein Kollege Christian Magerl gerade aufgezählt hat. Man kann vielleicht aus der Sicht der Landwirte mit der jetzigen Situation zufrieden sein; aus der Sicht von Natur- und Umweltschützern können wir auf keinen Fall mit der jetzigen Situation zufrieden sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als Erklärung dafür, dass die Zahl der vielen Singvögel abnimmt, sagen Sie, die Wiesenweihe habe sie alle gefressen. Das heißt für mich schon, dass Sie von ökologischen Zusammenhängen nicht viel Ahnung haben oder zumindest diese gut verbergen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zurück zum Verbraucherschutz. Dabei möchte ich gerne der Frau Ministerin ein Kompliment aussprechen, weil es ihr gelungen ist, im Haushalt 70 neue Stellen für die Lebensmittelkontrolle einzustellen. Wir finden das sehr gut und positiv. Ob die 70 Stellen ausreichen, wissen wir auch nicht so genau. Darauf komme ich später noch mal.

Aber was wird denn mit diesen 70 Stellen gemacht? Werden diese 70 Stellen tatsächlich effizient eingesetzt? – Wir sind der Meinung: Das ist nicht der Fall; denn Sie schaffen eine neue Struktur. Durch die Sonderbehörde, die Sie schaffen, entsteht eine Doppelstruktur. Das wird zu einem Gerangel der Zuständigkeiten führen. Wir haben das schon öfter ausgeführt. Wir werden es in Zukunft mit verschiedenen Ebenen zu tun haben, die miteinander konkurrieren: die Landkreise, die kreisfreien Städte und die Regierungen als Kontrollinstanz. Es gibt die neue Sonderbehörde, das LGL und das Ministerium. Bei der Umsetzung dieser Strukturreform wünsche ich Ihnen schon jetzt viel Glück und gutes Gelingen.

Wir hätten andere Vorstellungen, die wir auch in die Haushaltsberatungen eingebracht haben, wie wir diese 70 Stellen neu einsetzen wollen. Wir wollen sie nämlich bei den Bezirksregierungen einsetzen; denn dort gibt es die von mir schon genannte Kontrollinstanz; dort gibt es bereits das Know-how. Darauf zielt unser Haushaltsantrag.

Außerdem wollen wir die Bezirksregierungen besser ausstatten. Wir wollen auch die Spezialeinheit beim LGL auf die Bezirke verteilen. Dann hätten wir die Möglichkeit, bei sieben Bezirksregierungen eine starke Kontrolleinheit zu installieren, die die Risikobetriebe wirklich und räumlich nah, effektiv kontrollieren könnte. Vorbild wären für uns die Gewerbeaufsichtsämter. Die kennen Sie alle. Sie arbeiten relativ geräuschlos, aber sehr effektiv. Diese Behörden könnten hier als Vorbild dienen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Naturwissenschaftlerin bin ich es gewohnt, eine Situation erst einmal zu analysieren und dann daraus die Konsequenzen zu ziehen. Auf so ein Vorgehen warten wir bei der Staatsregierung leider vergebens. Noch immer warten wir auf eine Personalbedarfsanalyse der Staatsregierung. Man muss erst einmal wissen, wo das Personal fehlt, bevor man es neu einsetzt. Aber das wird nicht gemacht. Stattdessen wird in blindem Aktionismus eine neue Behörde aus dem Boden gestampft, egal, ob das sinnvoll ist oder nicht. Wir fürchten, dass hier viel Geld nicht effektiv eingesetzt, sondern verbrannt wird.

Ich frage mich, ob es der neuen Behörde gelingen wird, dort vor Ort zu sein, wo es nottut. Ich stelle mir vor, die Behörde sitzt in Erding, muss aber zwischen Kempten und Bayerisch Eisenstein oder Grafenau die großen Betriebe kontrollieren. Ich kann mir vorstellen, dass das Personal sehr viel Zeit auf der Straße und wenig Zeit in den Betrieben vor Ort verbringen wird.

Ich möchte noch das Beispiel der Schlachthöfe anführen. Für sie brauchen wir dringend eine bessere Kontrolle. Aber soweit wir wissen, können sich die kreisfreien Städte aussuchen, ob sie nun ihre Schlachthöfe selber kontrollieren wollen oder nicht, vermutlich, weil die Schlachthöfe so kontrollintensiv sind. Man sieht doch schon, dass Ihre neue Behörde bereits jetzt unterfinanziert oder nicht richtig organisiert ist. Wenn eine Stadt einen Schlachthof hat und die Kontrollen selbst vornehmen möchte, bräuchte sie dafür unbedingt ein eigenes Veterinäramt. Aber wir wissen, dass sehr viele kreisfreie Städte leider kein eigenes Veterinäramt besitzen. Deshalb wird diese Kontrolle auch in Zukunft, wenn sie in der Verantwortung der kreisfreien Städte liegt, nicht gut funktionieren.

Die Beispiele zeigen ganz deutlich, dass es so nicht zuverlässig funktioniert. Ich möchte hier nicht die Amtsveterinäre kritisieren. Wir haben bei dem erwähnten Beitrag der Presse festgestellt, dass die Amtsveterinäre oft nicht im gesamten Schlachthof anwesend sind und dann die Angaben, die sie weitergeben, leider nicht ordentlich verfolgt werden.

Die Mängel, die ich jetzt angesprochen habe, betreffen vor allem den Tierschutz. In der Bayerischen Verfassung steht: "Tiere werden als Lebewesen und Mitgeschöpfe geachtet und geschützt." Dieser Satz muss uns Auftrag und Verpflichtung sein. Wer geht denn besser mit diesem Verfassungsgrundsatz um als die Tierheime? – Heute ist schon sehr viel Dank ausgesprochen worden. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den vielen Freiwilligen in den Tierheimen sehr bedanken. Sie sind ehrenamtlich und mit großem Engagement zum Wohl unserer Tiere tätig.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist es ein Skandal, dass die Staatsregierung diese Einrichtungen überhaupt nicht finanziell unterstützt. Alle Oppositionsfraktionen haben dazu Anträge eingereicht; aber leider wird vermutlich

keiner dieser Anträge von Ihnen berücksichtigt werden. Das würde gar nicht so viel kosten. Eine Internetkampagne, wie Sie sie in Gang gesetzt haben, Frau Ministerin, ist zwar schön und nett, wird aber auf keinen Fall ausreichen; denn die Tierheime brauchen nicht nur gute Worte und Internetkampagnen, sondern auch finanzielle Unterstützung.

Als letzten Punkt möchte ich die Ersatzmethoden für Tierversuche ansprechen. Wir haben einen Antrag eingereicht. Die Tierversuche werden leider immer mehr. Es müsste dringend eine Erforschung der Ersatzmethoden erfolgen. Da passiert in Bayern leider viel zu wenig. Andere Bundesländer sind hier viel weiter. Berlin zum Beispiel hat eine eigene Professur eingerichtet. Aber da sind wir in Bayern leider noch nicht so weit. In diesem Sinn haben Sie die Bayerische Verfassung nicht wirklich umgesetzt. Ein Tierschutzplan für Bayern ist überfällig. Er sollte sich im Haushalt widerspiegeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)